

Montag  
20. Februar 2012

Fr. 3.20, Ausland: € 2.60 / AZ 8021 Zürich  
120. Jahrgang Nr. 42 – Auflage 195 618

**Facebook** Viele sind dank des Netzwerks reich geworden. Es ist eine neue, bescheidene Generation Millionäre. 38

**Roter Pass** Wie ein Türke zum Musterschweizer wurde: Auftakt zur TA-Serie zum Thema Einbürgerung. 15

**Ursula Meier** Die Regisseurin erhielt in Berlin zum Trost einen Sonderpreis. 27



## Widmer-Schlumpf stösst mit Schwarzgeld-Kontrollen auf Skepsis

Die Banken sollen verpflichtet werden, die Selbstdeklaration ihrer Kunden bei Verdacht zu überprüfen.

Von **Andreas Möckli**

Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf will dem Bundesrat am Mittwoch einen brisanten Vorschlag unterbreiten: Die Banken sollen verpflichtet werden, bei Verdacht auf Steuerbetrug oder unklarer Herkunft die Deklaration der betreffenden Vermögen zu kontrollieren, wie die «SonntagsZeitung» schreibt.

Für Bankexperten stellt sich die Frage der Umsetzbarkeit dieser Idee im Alltag. Der Vorschlag laufe darauf hinaus, dass eine Bank mit einem Steueramt eines fremden Staates Kontakt aufnehmen müsste, um die Frage der Steuerdeklaration

zuverlässig abzuklären, sagt der Zürcher Bankenprofessor Martin Janssen. «Dies ist eine absurde und realitätsfremde Vorstellung. Man stelle sich vor, eine ausländische Bank müsste bei einem kantonalen Steueramt eine solche Information einholen.» Wenn eine solche Regelung eingeführt würde, werde keine Schweizer Bank je wieder einen Franken ausländisches Geld entgegennehmen können.

Die Banken äussern sich sehr zurückhaltend zu den Vorschlägen Widmer-Schlumpfs. «Zu konkreten Details wollen wir erst Stellung nehmen, wenn die Vorlage vom Bundesrat vorgestellt

wird», sagt Thomas Sutter, Sprecher der Bankiervereinigung. Der Verband arbeitet zurzeit selber an Vorschlägen, die in Richtung risikobasierte Verhaltensregeln für Banken gehen, wie Sutter sagt. Details will er jedoch noch nicht nennen.

Wichtig sei, dass die Schweiz keinen Alleingang unternehmen dürfe, sondern im Einklang mit anderen Finanzplätzen entsprechende Regeln erlasse. Janssen ist der Meinung, dass solche Massnahmen im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ergriffen werden und für alle OECD-

Mitglieder gelten sollten. Die Schweiz müsse einen Sonderzug vermeiden, sagt Michel Y. Dérobert, Geschäftsführer der Vereinigung Schweizerischer Privatbankiers. Gesetze über eine Weissgeld-Strategie müssten auch international anerkannt werden.

Widmer-Schlumpf versucht mit ihrem Vorschlag, die Chancen für das Doppelbesteuerungs-Abkommen mit den USA im Parlament zu erhöhen. Sie kommt damit der Linken entgegen: Diese fordert, angeführt von der SP, einen Zeitplan, wie die Weissgeld-Strategie umgesetzt werden soll. Ein zentraler Punkt ist die Selbstdeklaration der Kunden. - Seite 37

### Heute

#### International Amerikanische Drohnen kreisen über Syrien

Die US-Regierung hört aus der Luft die Kommunikation der syrischen Regierung und des Militärs ab. Dies berichtet der US-Fernsehsender NBC News unter Berufung auf Mitarbeiter des Pentagons. Pläne für eine militärische Intervention bestünden aber nicht. - Seite 7

#### Fussball

#### GC verliert auch in Genf, der FCZ stagniert

Den Grasshoppers gelang mit dem 1:0 gegen Servette zwar der erste Treffer der Rückrunde, sie verloren durch ein kurioses und zwei späte Gegentore aber noch 1:3 und damit auch ihr drittes Spiel im neuen Jahr. Der FCZ kam gegen Thun nicht über ein 1:1 hinaus. - Seite 46

#### Snowboard

#### Iouri Podladtchikovs Tricks sind WM-Gold wert

Seit Jahren gehört Podladtchikov zu den besten und spektakulärsten Snowboardern in der Halfpipe. Nun krönte sich der russischstämmige Zürcher an der ersten WM der Ticket-to-Ride-Tour in Abwesenheit der Überfigur Shaun White zum Weltmeister. - Seite 47

## Joachim Gauck wird neuer deutscher Bundespräsident



Foto: Thomas Frey (DPA, Keystone)

Der ehemalige DDR-Bürgerrechtler Joachim Gauck (72) soll die Nachfolge von Christian Wulff antreten. Angela Merkel (CDU) gab gestern ihren Widerstand gegen den Favoriten von SPD und Grünen auf. Der parteilose Theologe dürfte nun von der Bundesversammlung mit grosser Mehrheit zum Bundespräsidenten gewählt werden. - Kommentar Seite 2, Bericht Seite 7

## Sarkozy startet mit Angriff in die Wahlen

Am Wochenende hat der französische Präsident Nicolas Sarkozy seinen Wahlkampf eröffnet. In Marseille stellte er sich gestern vor 15 000 Anhängern als Kapitän im Sturm dar: «Frankreich hat der Krise gut standgehalten», sagte er. Er griff seinen Rivalen François Hollande scharf an, der «weder die Statur noch das Wissen» habe, um Frankreich auf Kurs zu halten. Zudem bezichtigte er Hollande der Lüge. Die Präsidentschaftswahlen finden am 22. April und 6. Mai statt. Sarkozys Umfragewerte sind schlecht - auch der Kampagnenstart hat sie kaum verbessert. (TA) - Seite 6

## Kurt Imhof erhält eigenes Institut

Der bekannte, aber auch umstrittene Soziologieprofessor Kurt Imhof soll an der Universität Zürich ein eigenes Institut bekommen. Laut mehreren Quellen, die mit den universitätsinternen Vorgängen vertraut sind, will die Uni Imhofs Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft (Fög) zum assoziierten Institut aufwerten. Imhof will das künftige Institut aber nicht mehr selber leiten.

Universität und Imhof betonen unisono, der definitive Entscheid über das neue Institut sei noch nicht gefallen. Neben dem Rektorat muss auch der Universitätsrat unter der Zürcher Bildungsdirektorin Regine Aeppli (SP) den Vor-

schlag prüfen. Im Umfeld Imhofs wird Widerstand gegen die Aufwertung des Forschungsbereichs befürchtet. Imhof hat mit harter Kritik an Gratismedien und der Boulevardisierung Kontroversen ausgelöst. Zudem gilt er wegen seiner zahlreichen Medienauftritte in Fachkreisen als «Hansdampf». Das missfiel auch einigen Kunden des bisherigen Forschungsbereichs. Sie begrüssen, dass sich Imhof aus der operativen Leitung des Instituts zurückziehen will. Imhof soll Präsident einer dem Institut zugeordneten Stiftung werden. Er bleibt auch Professor für Soziologie und Publizistikwissenschaft. (ese) - Seite 13

## Bund kämpft gegen ungültige Wahlzettel

Fast 33 000 Schweizerinnen und Schweizer haben im vergangenen Herbst vergeblich an den Nationalratswahlen teilgenommen: Ihre Stimme war ungültig. In den Kantonen Schwyz, Glarus, Uri und Aargau mussten über 3 Prozent der Wahlzettel aus diesem Grund aussortiert werden. Nun hat die Bundeskanzlei dem Falschwählen den Kampf angesagt. Durch bessere Information und sinnvollere Regeln will sie dafür sorgen, dass der Anteil an ungültigen Wahlzetteln sinkt. Dies ist allerdings nicht ganz einfach, weil jeder Kanton andere Wahlregeln kennt. (is.) - Seite 5

### Kommentare & Analysen

#### «Als Bankkunde bin ich zutiefst in das todbringende Minengeschäft verstrickt.»

Christian Schmidt über einen Fonds, der Aktien eines Herstellers von Streubomben enthält. - Seite 9

Ausgerechnet jetzt, da der Streit über Kampfjets tobt, sitzt Jo Lang nicht mehr im Parlament. - Seite 3

### Beilage



Wer in China Geschäfte macht, muss Datendiebe fürchten.

### Service

Wetter	10
Leserbriefe	11
Todesanzeigen	23
Fernsehprogramme	30, 31
Veranstaltungen	32
Rätsel	35



1 2 0 4 2

**Abo-Service** 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo

**Redaktion** 044 248 44 11, redaktion@tages-anzeiger.ch, Werdstrasse 21, 8004 Zürich, Postadresse: Postfach, 8021 Zürich

**Online** www.tagesanzeiger.ch, news@newsnetz.ch

**Inserate** Tel. Annahme: 044 248 41 41 (Mo-Do 8-12 und 13-17.30 Uhr / Fr 8-12 und 13-17 Uhr), www.adbox.ch, inserate@tages-anzeiger.ch

**Leserbriefe** www.tagesanzeiger.ch/leserforum